

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonne:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Der Sozialismus als Konkursverwalter?

Von Otto Hue.

Ist es ratsam, die Sozialisierung der „dafür reifen“ Produktionsmittel vorzunehmen, bevor wir die uns zugehenden Friedensverträge mit der Entente abgeschlossen haben? Welche Produktionsmittel sind „reif“ für die Sozialisierung, und wer kann sagen, welche Verpflichtungen den Westgegnen in wirtschaftspolitischer Hinsicht durch die Sieger auferlegt werden? Gibt es bei uns vernunftbegabte Menschen, die der Ueberzeugung sind, die Beauftragten des Ententeimperialismus bei den Friedensverhandlungen würden die Durchführung des proletarischen Sozialismus hindern? Das hieße die internationale Solidarität des Privatkapitalismus völlig verkennen.

Die Sieger werden die Friedensbedingungen nur mit einer deutschen Regierung verhandeln — soweit überhaupt von einer Verabredung die Rede sein wird — die sich auf eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung stützt. Sollen und dürfen wir aber den Friedensabschluss hinausschieben, bis die Sozialisierung der Produktionsmittel, obendrein ohne Zustimmung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung, vollzogen ist? Wer die gegenwärtige Diskussion über den Umfang der für die Sozialisierung „reifen“ Produktionsmittel, über die beste Art der Enteignung, die Entschädigungen und über die Frage der praktischsten technisch-wirtschaftlichen Direktion der sozialisierten Produktionsmittel aufmerksam verfolgt, ist sich klar, daß der gedachte, tief einschneidende Umwandlungsprozeß nicht in wenigen Wochen, nicht einmal in wenigen Monaten zum Abschluß gelangen kann. Können und dürfen wir aber solange den Abschluß der Friedensverträge hinausschieben, immer vorausgesetzt, die Entente läßt uns in Ruhe?

Wenn man allerdings den rabiatesten Viderbäumern glauben dürfte, dann bedarf es sozuzagen nur einer „Verordnung“ und alsbald wäre das Proletariat souveräner Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel; es hätte dann zugleich gemeinnützig geregelte Beschäftigung, ausreichende Entlohnung und Nahrungsversorgung. Ach, wenn dies richtig wäre, ich würde der erste sein, der die sofortige Sozialisierung forderte. Aber ganz abgesehen von den bewideltsten privatrechtlichen und finanztechnischen Problemen, die bei der Sozialisierung gewisser Produktionsmittel gelöst werden müssen, ist doch heute in erster Linie zu fragen: Wie sieht es überhaupt mit der Arbeitsmöglichkeit unserer Großindustrie, deren sofortige Sozialisierung empfohlen wird? Bestehen wir jetzt die Möglichkeit, diesen Industrien, die gewaltige Arbeitermassen zu beschäftigen haben, die notwendigen Rohstoffe, Halbrohstoffe und sonstige Betriebsmaterialien zuzuführen?

Drei wir unsere große Eisen- und Stahlindustrie heraus. Sie muß sich schämen, auf Friedensarbeit umstellen. Wie weit kann sie das gegenwärtig? In dem Vorkriegsjahr lieferten ihr allein die Gruben im deutschen Reichgebiet rund 36 Millionen Tonnen Eisenerze. Davon kamen 24 Millionen Tonnen aus Lothringen und Luxemburg! Von dort erhalten wir jetzt kein Erz und Kohlen mehr, die Ententetruppen halten diese Gebiete besetzt! Wir erhielten ferner 10 Millionen Tonnen Eisenerze aus Spanien, Schweden, Norwegen, Frankreich. Auch diese Zufuhr ist uns so gut wie unterbunden, solange der Friede nicht abgeschlossen ist. Wie sich dann unser Außenhandel gestaltet, müssen wir erst sehen. Es steht mithin unserer Eisen- und Stahlindustrie bis zum Friedensschluß als sichere, inländische Erzeugerverorgung nur eine Menge von 6 bis 7 Millionen Tonnen zur Verfügung, vorausgesetzt, es sind genügend geschulte Arbeitskräfte und brauchbare Betriebsmaterialien vorhanden, was zurzeit nicht der Fall ist. Dann könnten mit Schrotzuspüh vielleicht 3 Millionen Tonnen Kohlen Jahreserzeugung hergestellt werden. Unsere Erzeugung in dem Vorkriegsjahr belief sich aber auf 19, im besten Kriegsjahr wahrscheinlich (genaue Zahlen sind nicht bekannt) auf 14 bis 15 Millionen Tonnen. Wie sollen die Millionen Arbeitskräfte, die in der großen Eisen- und Stahl-, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in den ungemein mannigfaltigen Kleinen- und dergleichen Industrien Beschäftigung haben müssen, lohnende Arbeit erhalten, wenn uns nur ein Sechstel der früheren Eisen- und Stahlerzeugung zur Verfügung steht? Auch rascheste Sozialisierung der Betriebe könnte an diesem ungeheuren Materialmangel natürlich gar nichts ändern.

Die sozialistische Industriedirektion aber über-nähme die unumgängliche so lösende Aufgabe, aus-geschlossen von dem ausländischen Handel für Millionen Menschen Arbeit zu beschaffen, ob-gleich es hierfür an der nötigen Grundlage fehlt! Man muß wissen, welche beispiellosen Schwierigkeiten nur die vor-züglich geschulten privatkapitalistischen Betriebsverwalter zu über-winden haben, damit während der plötzlichen Lösung von der jahre-lang alles beherrschenden Kriegswirtschaft die zusammengeballten Arbeitermassen wenigstens notdürftig, das heißt sehr häufig ganz unproduktiv, weiter beschäftigt werden können, um zu verstehen, daß durchaus nicht wenige Großunternehmer gereigt sind, die Verant-wortung für die gewaltige Betriebsumschichtung und Arbeitsbeschaf-fung auf andere Schultern abzuladen. Wer die großindustriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unabsehbare schwere Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total umwälzende Eingriffe in die komplizierteste Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse auf-halsen würden! Man glaube auch ja nicht, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft mit der Sozialisierung in gegen-wärtiger Zeit einverstanden ist. Sie kann aber nur ohne schwere Er-schütterungen der Volkswirtschaft durchgeführt werden, wenn wenig-stens diese proletarischen Massen sich entschlossen in ihren Dienst stellen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß unsere Groß-eisen- und Stahlindustrie mit ihren weltverbreiteten Nützgewerken

vor dem nahen Konkurs steht, wenn ihr nicht durch den raschen Abschluß eines Vorfriedensvertrages die Möglichkeit verschafft wird, sich wenigstens einigermaßen ausreichend mit metallischen und anderen Roh- und Halbrohstoffen aus dem nahen und fernem Ausland zu versorgen. Wird diese Möglichkeit, gleichgültig von welcher Seite, ausgeschaltet, so werden hier große Betriebs-einstellungen erfolgen; dann ist uns aber lang und die bringlich nötige Ergänzung unseres außerordentlich abgenutzten Eisenbahnmaterials, die Belieferung der umfangreichen Metall- und Maschinen-industrie, auch der Kleinenindustrie, die bereits sehr stark unter Arbeitsmaterialmangel leidet, unmöglich gemacht. Eine Arbeitslosigkeit von gewaltigem, katastrophalem Um-fange ist die Folge! Der Bergbau, dessen Bedarf an Eisen, Stahl und sonstigen Metallen für die maschinellen Hilfsmittel bedeutend ist, kommt dann auch über kurz oder lang zum Erliegen, kann wenigstens nicht einmal die heute schon bedeutend gesunkene Kohlenförderung aufrecht erhalten. Das alles wird sich innerhalb kurzer Zeit vollziehen, wenn erst einmal, was in absehbarer Zeit zu befürchten ist, die Hochofen und Stahlgießereien zum Stillstand ver-urteilt sind. Das wäre der Konkurs!

Ist es denn die Aufgabe des Sozialismus, als Konkurs-verwalter zu wirken? Zumal wenn der Konkurs einem volks-wirtschaftlichen Zusammenbruch gleichkommt, weil wir während der feindlichen Einschließung außerhande sind, Baumaterial für den Neuaufbau zu beschaffen! So haben sich Marx und Engels die Ueber-führung der Produktionsmittel in den Dienst der Gesellschaft nicht vorgestellt. Nur wer mit völliger Unkenntnis der industriellen Praxis gegenübersteht, kann der tollen Meinung sein, „gerade jetzt“ sei der Zeitpunkt für die „Expropriation der Expropriateure“ gekommen.

Lebensnotwendig für uns ist jetzt die rascheste Beendigung des Kriegszustandes. Davon hängt auch nicht zuletzt die Zu-kunft des Sozialismus ab. Er kann sich nur gedeiht auf den Willen der großen Volksmehrheit aufbauen, seine diktorische Durchführung durch eine Minderheit ist eine praktische Unmöglichkeit. Deshalb ist die Einberufung der gesetzgebenden National-versammlung nicht länger hinauszuschieben, als es die wahl-technischen Vorarbeiten unbedingt erforderlich machen. Nur die mög-lichst rascheste Aufhebung der feindlichen Blockade eröffnet uns die Aussicht, durch Zufuhr von Rohstoffen den Konkurs unserer wichtigsten industriellen Erzeugungszentren zu verhindern. Gelingt uns das, dann wird die Sozialisierung der dafür geeigneten Produktionsmittel in Uebereinstimmung mit der Volksmehrheit zu vollziehen sein.

### Die Arbeit muß uns retten!

Der Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demobil-machung, Dr. Roeth, machte am 25. November einem Vertreter des Vormärts Mitteilungen über die Aufgaben des Demobil-machungsamts und über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage.

Für die wirtschaftliche Demobilmachung, erklärte der Staats-sekretär, ist natürlich alles eingepaßt, was wir an alten und neuen, zentralen und lokalen Beamten und Behörden, an halbamtlichen und privaten, wirtschaftlichen und sozialen Körperchaften und Vereini-gungen besitzen. Um das Nervenwert der Demobilmachung zu bewäl-tigen — und seine Bewältigung ist jetzt schlechterdings die Lebens-frage für das deutsche Volk und das Deutsche Reich —, müssen alle Kräfte unserer Wirtschaft zu einer Liederlosen, unter Hochdruck wirkenden Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden. Alle Teile des ungeheuren Mechanismus müssen ineinandergreifen, nirgends darf ein Rad auch nur einen Augenblick stocken oder leer laufen; denn jede Unordnung, jedes Versagen an irgendeiner Stelle pflanzt sich fort und bedroht das Ganze. Für dieses Zusammenarbeiten fort-laufend die einheitlichen Richtlinien auszugeben, die Arbeitsorgane auszugleichen und lebendig zu erhalten, Hindernisse des Zusammenwirkens sofort aus dem Wege zu räumen, darüber zu wachen, daß überall das Nötige nicht nur angeordnet, sondern auch mit intensiver Kraft, anspannung ausgeführt wird — das ist die Aufgabe des Amtes. Wir wollen sie lösen mit Hilfe von Sachgruppen und Sachberätern aller wichtigsten Wirtschaftszweige, in denen überall Arbeitgeber und Ar-beitnehmer durchaus patitativ vertreten sind. Auch bei der Wahl meines engeren fachlichen Mitarbeiterstabes wird diese Parität grund-sätzlich gewahrt.

Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage befragt, führte der Staats-sekretär aus:

Es scheint, daß die meisten von uns sich den

fauchbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abzweigen, die uns täglich zu verfallenden drohen, und nur größtes Pflichtbewußt-sein, härteste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller Kräfte kann das Volk retten. Selbige es uns nicht, der Volksgemeinschaft Ruhe und Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu sichern, sie trotz der ungeheuer erschwerten Verhältnisse überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann sind wir bes-toren, dann haben wir werft Hunger, Anarchie, Bürgerkrieg, Zerfall des Reiches und nachher die Invasion rüchichtsloser Feinde.

Jedermann muß wissen, daß er jetzt ganz ver-jönlich die Mitverantwortung trägt für Sein oder Nichtsein unseres Volkes und in einem Maße auch seiner selbst.

Der allem muß jeder arbeiten, sonst gehen wir zu-grunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung ge-fallen. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse begreiflich; aber wir können es uns weiterhin einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Abmattung oder Unruhe herausreißen und unermüdet seine Pflicht tun. Wenn zum Beispiel ein Arbeiter, der Kohlen, Halbrohstoffe oder Rohbaumaterial er-zeugt oder Transporte bewegt, nicht mithilft, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volks- und

Arbeitsgenossen brotlos werden, hungern, sterben. Es müssen jetzt auch Arbeitsstellen vermieden werden.

Jeder Streit kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben.

Wenn wir keine Kohle haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr, können wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr beschaffen. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestreift werden müssen, denn die Vertretungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirt-schaftlich überhaupt mögliche Förderung durch-zusetzen.

Auf jeden kommt es heute an; jeder kann mitwirken, das Volk zu retten, oder kann dazu beitragen, es in unfähiges Elend hinab-zustoßen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter; ich glaube, daß sie besonnen, pflichttreu und unermüdet aus der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden!

In der Versammlung der Arbeiterräte von Groß-Berlin vom 27. November 1918 wurden die wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und die Stellung der Unternehmer erörtert. Dazu führte der Volksbeauftragte Barth (Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) aus:

Es ist tief bedauerlich, daß in dem ersten Uebersturz der Be-gewegung für die Revolution die Arbeiterforderungen vielfach zu weit gehen und mit den vorhandenen Mitteln nicht in Ein-Flang zu bringen sind. So wie es in den letzten Tagen ergangen ist, kann es nicht weitergehen, sonst bricht die Revolution zusammen. In der Ernährungsfrage stehen wir vor einem ungeheuer schweren Problem, und ebenso steht es auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Kohlenförderung hat in der letzten Woche auf allen deutschen Becken kaum ein Fünftel des Friedensstandes betragen. In Ober-schlesien, wo die Bergarbeiter für die Achtundsechzigsten 2 A for-derten, haben wir eingegriffen und die Bewilligung erlangt. Trotz-dem aber führen die Leute nicht ein. Bekommen wir keine Kohlen, dann haben wir in 14 Tagen weder Gas, Elektrizität, noch irgend-welche Betriebsmöglichkeit, und dann können wir nicht produzieren. Ebenso schwierig liegt es mit den Transportmitteln. Im Westen muß ein 6-Millionenheer möglichst schnell in die Heimat be-fördert werden, und noch schlimmer liegen die Verhältnisse im Osten. Bei dem Heere v. Radenau muß versucht werden, das die Entente die Führung des Heeres übernimmt bis an die deutsche Grenze, weil in Ungarn jede Voraussetzung für eine Internierung fehlt. Die Produktion im Innern muß möglichst viel Beschäftigungsgelegenheit schaffen. Die drei wichtigsten Probleme der Gegenwart sind Friede, Arbeit und Brot. Ohne die Lösung dieser drei Fragen ist der Sozialismus nicht in-stande, sich zu halten oder zu befestigen. Wir werden nicht uhinzu können, eine weit geringere Arbeitszeit als bisher einführen zu müssen. In der Landwirtschaft haben wir leider nicht ver-hindern können, daß Hunderttausende an Jentnern von Star-treffeln und Äckern nicht geerntet wurden, sondern erfroren sind. Hier kann der Achtundsechzigster einwirken nicht eingeführt werden. (Erregte Zwischenrufe: Gib's nicht!) Ja wohl, in der Landwirtschaft muß die längere Arbeitszeit bleiben. Aber in der Industrie werden wir in kurzer Zeit den Bierstundentag einführen müssen, um die Millionen von Kräften unterzubringen. (Auf: Kapital be-schlagnahmen!) Nein, wenn wir morgen alle Fabriken und Bergwerke beschlagnahmen und alles sozialisieren, so wäre daran nichts ge-ändert, weil wir dadurch noch kein Geld bekämen. Es geht nicht an, daß in den Betrieben und Branchen die Arbeiter keine Rück-sicht nehmen auf unsere gegenwärtige Lage. Ihre Kämpfe treffen in jetziger Zeit nicht hauptsächlich den Kapitalisten, sondern die Sozialisierung. Sollen die Unternehmer revolutionieren und etwa die Betriebe stilllegen, so werden wir sofort in der Not-wehr die Betriebe ohne Entschädigung enteignen. Wenn die Arbeiterschaft ihre Schuldigkeit tut und der Volksgewalt weis, daß beide von den Kräfte getragen werden, dann ist ein Kampf gegen die reaktionäre Bewegung nicht zu fürchten. Neben der Be-schaffung der Rohstoffe und der Nahrungsmittel haben wir vor allem darauf zu achten, daß Disziplin bei den Arbeitern vorhanden ist. Solidarität ist heute notwendiger als je. Verragt die Arbeiter-schaft, dann ist es mit uns aus. Unsere Leute draußen müssen ein-sehen, daß jetzt die Lohnfrage nicht das wichtigste ist, denn sonst würde die große Zeit ein furchtbar Heines Geschlecht gefunden haben. Wer die Umgestaltung des sozialistischen Produktions-wesens auf eine Stufe der Lohnbewegung stellt, hat kein Ver-ständnis für die große Zeit. Der Feind steht vor den Türen und eine Gegenrevolution ist am Werke, wie uns die Proklamation mehrerer Generale und ihr Verhalten gegen-über den Arbeitern und Soldatenmännern sowie den roten Fahnen zeigt. Deshalb brauchen wir auch noch Munition. Wir sind nicht feige genug, uns ruhig hinopfern zu lassen. Bismarck wird das gesamte Proletariat gegebenenfalls alle Kräfte anspannen und rüchichtslos anwenden, um die Gegner nieder-zuschlagen... Für das nächste halbe Jahr muß die Arbeiterschaft alle kindlichen Forderungen, die die Produktion unterbinden, beiseite lassen. Die Frage, ob Lohn- oder Hungerarbeit zu leisten ist, ist wahrhaftig nicht so wichtig, daß dadurch Tausende sterben müssen. Setzt in Arbeit nur eine kurzfristige Zeit. Die Lohnarbeit wird und muß kommen. Für die Uebergangszeit werden wir, wie schon angegeben, mit der vierstündigen, vielfach auch mit der drei-stündigen Arbeitszeit rechnen müssen, um einen Ausgleich zu schaffen. Ich fasse mich dahin zusammen, daß wir nach innen geschlossen und nach außen gegen jeden Feind bis zum Ausgucken bereit sind, und uns geschlossen hinter die Regierung und den Volksgewalt stellen. (Dehaller Beifall.)

Und in der Fortsetzung dieser Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins sagte Barth bei seiner

Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Unternehmern, die über die Umstellung der Produktion, Beschaffung der Rohmaterialien und Ausgleich der Abfälle stattgefunden haben:

Wir können uns nicht Rohmaterial aus den Kermeln schütteln, wir sitzen so tief im Schlamm, daß kaum noch die Rasenspitze herausguckt. Wir müssen uns Wollen unter die Nadeln schieben, an denen wir uns halten können. Heute arbeiten viele Betriebe mit Defizit. Der hat kein solbärisches Gefühl im Leibe, der heute mit egoistischen Forderungen kommt. Als Maßstab der Organisation sind die Lieberwächungsbeiräte der Betriebe entstanden. Wir können nur sozialisieren, wenn wir dazu etwas haben. Wir brauchen im nächsten Jahre 6 Milliarden Mark für Lebensmittel und 10 Milliarden für Rohstoffe nach dem alten Kurs gerechnet. Die Produktion kann sich nur erheben, wenn wir etwas exportieren können. Dazu brauchen wir aber auch die Intelligenz des deutschen Volkes. Alles hängt davon ab, wie weit wir in der Lage sind, die geistigen Arbeiter zu uns herüberzuziehen. Wir dürfen sie nicht wie Parasiten behandeln.

Auch die Unternehmer sind nicht alle Trottel oder Anpanaschneider. Wenn sie später auch materiell weniger eingenommen haben, so werden sie ein um so größeres Glücksgefühl in sich tragen, wenn sie um sich herum kein Elend mehr sehen. (Beifall.) So geht es nicht, wie es in Neuföln verlangt ist, daß die Banken kommunalisiert und der gesamte Hausbesitz ohne Entschädigung verstaatlicht wird.

Wir haben einen 25prozentigen Zuschlag zum Lohn verlangt bei einer vierstündigen Arbeitszeit, es sollen also fünf Stunden bezahlt werden. Außerdem forderten wir einen Zuschlag für Betriebsratete entsprechend der Arbeiterzahl. Zum Streifen gehört heute nicht der geringste Mut; aber es gehört Mut dazu, die Kollegen zur Vernunft zurückzubringen, und das ist eure heilige Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

### Lohnverhältnisse in der neuen Wirtschaftsordnung

Wir unterstellen die folgenden Darlegungen der allgemeinen Aussprache. Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.

#### 1. Grundsätzliche Gestaltung der neuen Wirtschaftsordnung.

In diesen Tagen sind alle Dinge im Fluß. Da drängt sich unweilend die Frage auf, wie wird die neue Ordnung der Dinge aussehen? Ob sie auf dem Grunde des Sozialismus aufgebaut wird, oder noch mehr oder weniger mit individualistischen Tendenzen behaftet ist, das alles hängt in erster Linie mit von der Entwicklung der Dinge in den angrenzenden Ländern ab.

Dem Kulturzustande des heutigen Durchschnittsmenschen würde wohl eine sozialistisch-individualistische Wirtschaftsordnung am vollkommensten entsprechen, das heißt eine Wirtschaftsordnung, bei der einerseits in weitestgehendem Maße alle Wirtschaftszweige mit monopolistischem Charakter vergesellschaftet werden, andererseits aber der Schöpfungsgeist der einzelnen, der Entfaltung persönlicher Unternehmungslust, jeder Spielraum gewährt wird, soweit es im Rahmen der gesellschaftlichen Notwendigkeiten zulässig ist.

Unbedingt aber muß von der neuen Wirtschaftsordnung gefordert werden, daß sie die wirtschaftliche Freiheit jedes Volksgenossen bewahrt und sowohl dem Arbeitslosen und Strahler wie auch dem Fabrikanten und Kleinrentner ein dem heutigen Kulturzustande entsprechendes Existenzminimum sichert.

In dem Streite um die neue Wirtschaftsordnung ist auch die Frage „ob Zeitlohn oder Akkordlohn?“ von neuem aufgerollt. In der Arbeiterchaft machen sich starke Strömungen bemerkbar, die den Akkord auch heute noch als „Kord“ erklären und auf Abschaffung der Akkordarbeit drängen. Dabei werden meistens die Auswüchse des Akkordsystems mit dem Akkordsystem selbst verwechselt. Im folgenden soll deshalb auf das Akkordsystem näher eingegangen werden, um seine Nachteile verständlich zu machen und um Wege zu zeigen, auf denen eine rationelle Bekämpfung der Auswüchse ausfindigbar erscheint.

#### 2. Zeitlohn oder Akkordlohn?

Als Ausgangspunkt der nachfolgenden Darlegungen sollen die Worte Marxs, die Karl Marx, der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus, über den Akkordlohn gesagt hat, denn alles, was für und gegen die Akkordarbeit gesagt werden kann, ist in diesen Sätzen enthalten:

Der Akkordlohn strebt dadurch, daß er der Individualität gewisse Spielräume bietet, die Individualität und damit Selbstbestimmung, Selbstkontrolle und Selbstregulierung zu entwickeln; andererseits ihre Funktionen unter- und gegeneinander. Der Akkordlohn hat daher die Tendenz, mit der Erhebung individualistischer Arbeitsweisen über das Durchschnittsniveau dieses Niveau selbst zu setzen.

Die Akkordarbeit entspricht dem Individualitätsgefühl des Arbeiters. Dem Individualitätsgefühl des einzelnen Arbeiters entspricht der gesunde und durchaus berechtigte Wunsch, für seine höheren Leistungen, welche sie seinem Können oder seinem Willen entspringen, mehr Lohn zu erhalten als sein Arbeitskollege für geringere Leistungen. Diesen Vorlesungen nach Zeitlohn entspricht in volkswirtschaftlicher Hinsicht das durch keine Selbstbestimmung eingeschränkte Stundenlohn- oder Akkordsystem mit langfristigen oder festen Akkorden.

Darüber hinaus aber wird die Akkordarbeit unangeordnet erzwungen, indem sie zur Selbstbestimmung verhält. Bei einem gewissen Akkordsystem tritt der Arbeiter als selbständiger Unternehmer auf. Er übernimmt durch den Akkordvertrag die Verpflichtung, eine bestimmte Arbeit in einer gewissen Zeit fertigzustellen. Das Gefühl der Verantwortung über eine große Akkordsumme hebt außerdem sein Selbstgefühl und regt ihn zum Nachdenken über die wirtschaftliche Arbeitsmethode an, welche ihn als zum bestmöglichen Zweck.

4. Die Akkordarbeit weist die Verantwortung unter dem Arbeiter Das tut sie in der Tat, und das kann volkswirtschaftlicher Standpunkte ist diese Richtung, wenn sie sich in zweifachen Bezügen hat: mit Freiheit zu begreifen. Denn hierdurch ist der intelligente und fleißige Arbeiter einer erheblichen Einwirkung auf seine Einkünfte beraubt, daß die Akkordverpflichtung und damit die Verantwortlichkeit voll aufgebracht werden. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es nicht schmerzhaft das einzelne Arbeiter, wenn er eine Akkordsumme nur teilweise erbringt, sondern vielmehr Gemeinheitsgefühl. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung würde hingegen, welche die volle Verantwortung einer Akkordsumme dazu führen, die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ um die Menge derjenigen Stunden zu verlängern, die für die Herstellung einer weiteren Akkordsumme notwendig sind.

5. Das Individualitätsgefühl des einzelnen Arbeiters hat entgegen der Gemeinheitsforderungen die Akkordarbeit allgemein beschaffen. In früheren Jahren lebte die Gesamtheit der Arbeiter die Akkordarbeit mit der Begründung ab, sie sei dazu geeignet, dem Arbeiter ein über das gewöhnliche Existenzniveau hinausgehendes Einkommen zu verschaffen und nicht unter

allen Umständen schädlich, da sie sowohl die Gesundheit wie auch das Solidaritätsgefühl der Arbeiterchaft untergrabe. Schließlich aber hat doch das Individualitätsgefühl des einzelnen Arbeiters zusammen mit der Notwendigkeit der Akkordarbeit für die neuzeitliche Wirtschaftsordnung über die theoretisch begründeten Gewerkschaftsforderungen nach reinem Zeitlohn und damit auf Abschaffung der Akkordarbeit den Sieg davongetragen.

#### 6. Die Akkordarbeit hat die Tendenz, die individuellen Akkordlöhne über das Durchschnittsniveau zu erheben, dieses selbst aber zu senken.

Damit soll gesagt werden, daß der Unternehmer dahin neigt, in Krisen oder bei sonstigen Anlässen, die den Höchstverdiensten entsprechende Arbeitszeit als Normalzeit zugrunde zu legen und die Akkordpreise entsprechend zu kürzen. Im allgemeinen sinkt hierdurch aber nicht die durchschnittliche Höhe der Löhne, wohl aber nimmt die Arbeitsintensität zu, da der Arbeiter naturgemäß dahin strebt, den einmal erreichten Lohn weiter zu verdienen. Die Akkordpreiskürzung wird deshalb sehr bald wieder durch erhöhte Arbeitsleistung wettgemacht. Hierdurch wird erst verständlich, daß zwar heute der durchschnittliche Lohn höher ist als vor Jahren, daß aber die Arbeitsintensität im Verhältnis zum Lohn bedeutend schneller zugenommen hat.

Letzten Endes sind die meisten Schwierigkeiten im Akkordwesen auf die sich aus vorstehender Tatsache ergebenden Auswüchse zurückzuführen. Soll aber ein gesundes Arbeitsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter geschaffen werden, so muß das Akkordwesen von seinen Auswüchsen befreit und auf dem Grunde gegenseitiger Ehrlichkeit und Gerechtigkeit ausgebaut werden. Dazu aber sind folgende Maßnahmen notwendig:

- a) Regelung des Lohnwesens für das ganze Deutsche Reich durch das Reichsarbeitsamt.
b) Festsetzung der Akkordpreise durch ein Kalkulationsbureau.
c) Mitwirkung der Arbeiterchaft bei Festsetzung der Akkordpreise durch eine Akkordpreiskommission.
d) Einführung von langfristigen oder festen Akkorden.

Diese Maßnahmen sollen in den nächsten Abschnitten näher erläutert werden.

#### 7. Einheitliche Regelung des Lohnwesens für das ganze Deutsche Reich durch das Reichsarbeitsamt.

In der Volkswirtschaftslehre spricht man vom nominalen und vom realen Arbeitslohn. Der nominale Arbeitslohn ist der in Geld ausgedrückte Lohn. Der reale Arbeitslohn ist der Geldwert derjenigen Güter, die sich ein Arbeiter zur Befriedigung seiner Bedürfnisse an Nahrungsmitteln und Kulturmitteln für den nominalen Arbeitslohn kaufen kann. Die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter hängt vom realen, nicht vom nominalen Arbeitslohn ab, eine Tatsache, die dieser Krieg auf das deutlichste erwiesen hat.

Es ist eine alte Gewerkschaftsforderung, die Lösung der Lohnfrage unter Beziehung auf den Reallohn anzustreben. Hierbei wäre etwa wie folgt zu verfahren:

Man zerlegt den Lohn in einen festen Teil, den Grundlohn, und in einen beweglichen Teil, den Leuerungslohn. Beide werden vom Reichsarbeitsamt für das ganze Deutsche Reich festgesetzt. Der Grundlohn ist von gleicher Höhe für das ganze Deutsche Reich und in Lohnsurfen unterteilt, um älteren und erfahrenen sowie geschulten Arbeitern gerecht werden zu können. Der Leuerungslohn hat die Schwankungen in der Kaufkraft des Gesamtlohnes auszugleichen. Er ist von verschiedener Höhe für die einzelnen Gegenden. Beträgt gegenwärtig der durchschnittliche Gesamtlohn 2,40 M und wird angenommen, daß die Verkaufspreise für die notwendigsten Gebrauchsgüter im Laufe der Zeit im äußersten Falle um etwa 50 v. H. sinken, dann könnte man den Leuerungslohn auf 0,80 M festsetzen. Der mittlere Grundlohn würde dann 1,60 M betragen. Während der Grundlohn für längere Zeit von gleicher Höhe sein muß und nur geändert wird, wenn die Anteilnahme des Lohnes an Arbeitserträge größer oder kleiner wird, muß der Leuerungslohn fortlaufend jährlich vom Staate ermittelt und nach Bedarf oder in bestimmten Zeiträumen neu festgesetzt werden.

Bei dieser Regelung der Lohnfrage würden für schwer abschätzbare und betriebsarbeiten die sogenannten Scheinakkorde wegfallen.

Für die Akkordarbeit wäre dann wie folgt zu verfahren:

Der Akkordpreis ist das Produkt aus festgesetzter Zeit X Geldfaktor. Die festgesetzte Zeit soll ausschließlich im nächsten Abschnitt behandelt werden. Der Geldfaktor müßte aus dem mittleren Grundlohn + einem Zuschlag bestehen. Der Zuschlag muß mindestens so hoch bemessen sein, daß ein Anreiz zur Akkordarbeit besteht. Unter der Annahme, daß eine Durchschnittsleistung zugrunde liegt, wird ein Zuschlag von 20 v. H. ausreichen sein. Auch der Geldfaktor müßte vom Reichsarbeitsamt einheitlich für das ganze Reich festgesetzt werden.

Wird der Arbeitslohn auf dieser Grundlage geregelt, dann ist in der neuen Wirtschaftsordnung keine unkontrollierte Konkurrenz durch Lohnbänderer möglich. Es ist dann nur derjenige konkurrenzfähig, der durch vorzügliche Beschäftigungsverhältnisse, wirtschaftliche Arbeitsmethoden und Entfaltungen an Arbeitszeit spart. Außerdem aber wird der Leuerungslohn beruhigend auf die Preisbildung einwirken insofern, als die Verteuerung der Waren sehr bald eine Steigerung des Leuerungslohnes nach sich ziehen wird.

#### 8. Festsetzung der Akkordpreise durch ein Kalkulationsbureau.

Wie schon im vorigen Abschnitt gesagt wurde, besteht der Akkordpreis aus dem Produkt „festgesetzte Zeit X Geldfaktor“.

Da der Geldfaktor einheitlich für das Deutsche Reich durch das Reichsarbeitsamt geregelt werden sollte, würde nunmehr die eigentliche Schwierigkeit des Problems nur noch in der richtigen Festsetzung der Arbeitszeit liegen. Infolge der ungeheuren Einseitigkeit der menschlichen Arbeitsleistung ist dieses eines der schwierigsten Gebiete der industriellen Technik. Es wird im allgemeinen viel zu wenig beachtet, daß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter sehr verschieden ist. Es gibt ungeschulte Arbeiter und Arbeiter mit außerordentlicher, ja virtueller Geschicklichkeit. Zwischen dem ungeschulten Arbeiter und dem Virtuosen in seinem Fache gibt es in unendlicher Abstufung eine Reihe von weniger und mehr als mittelständigen Arbeitern. Außerdem aber leidet, a noch Unterschiede in der Leistungsfähigkeit ein und desselben Arbeiters. Der Arbeiter kann die Arbeit freiden, also sehr langsam arbeiten; er kann aber auch die Arbeit beschleunigen, also angedrungen arbeiten. Zwischen beiden Arbeitsarten gibt es ebenfalls in unendlicher Abstufung eine Reihe von weniger und mehr als mittelständigen Arbeitsarten. Die willkürliche Arbeitsleistung ein und desselben Arbeiters ist somit sehr elastisch und von verschiedenen Einflüssen, wie Gemütszustand, Ermüdung, Stimmung, gewerkschaftlicher Verpflichtung, Heizung u. a. abhängig.

Im allgemeinen legt man bei Akkordrechnungen die Arbeitsleistung eines Durchschnittsarbeiters bei festiger Tätigkeit zugrunde. Jedoch sind die Begriffe „Durchschnittsarbeiter“ und „fleißig“ so schwammig, daß man nur dann zu einem eindeutigen Ergebnis gelangt, wenn man z. B. von der Höchstleistung ausgeht und diese durch einen Zuschlag auf eine gute Durchschnittsleistung herabsetzt.

In früheren Jahren wurde die Arbeitszeit gewöhnlich von den Meistern festgesetzt. Jede Ermittlung der Arbeitszeit auf dem Wege der

gefühlsmäßigen Schätzung ist aber mit einem persönlichen Moment behaftet und deshalb sehr unsicher. Die Erfahrung lehrt, daß man sogar außerordentlich voneinander abweichende Werte erhält, wenn man die gleiche Arbeit von mehreren geübten Kalkulatoren abschätzen läßt. Selbst die Bemittlung ist nicht ohne Einfluß auf die Schätzung, was man bestätigt finden wird, wenn derselbe Kalkulator zu verschiedenen Zeiten dieselbe Arbeit abschätzt. Naturgemäß hatten die Meister Interesse daran, die Akkordverdienste nicht zu hoch werden zu lassen, da sich daraus hätte leicht der Vorwurf ableiten lassen, die Akkord seien verschätzt. Immer werden also die Meister hohen Akkordverdiensten durch Kürzung der Akkordsätze vorgebeugt haben. Es bildete sich dann der Zustand heraus, daß der Arbeiter eben nicht mehr arbeitete, als daß er den in dem Akkordsystem meistens festgesetzten Maximallohn verdiente.

Aus vorstehenden Gründen ist man dazu übergegangen, die Akkordberechnung aus den Werkstätten herauszunehmen und einem besonderen Organ, dem Kalkulationsbureau, zu übertragen. Hier hat man sich Kalkulationsunterlagen geschaffen, die es ermöglichen, auf mathematischem Wege und mit Hilfe von Tabellen die Akkordberechnung durchzuführen. Jedes Kalkulationsbureau muß es als seine Hauptaufgabe ansehen, das Vertrauen der Arbeiterchaft zu den aufgestellten gerechten Kalkulationsmethoden zu festigen. Wo Mißtrauen herrscht, ist auf die Dauer kein gesundes Arbeitsverhältnis möglich, und der Einführung gerechter Akkordpreise stellen sich doppelte Schwierigkeiten entgegen.

#### 9. Mitwirkung der Arbeiterchaft bei Festsetzung der Akkordpreise durch eine Akkordpreiskommission.

Die Akkordarbeit wird zwischen Werkleitung und dem einzelnen Arbeiter auf Grund von Akkordverträgen vereinbart. Es ist somit beiden Teilen das Mitbestimmungsrecht zugestanden. Das Akkordwesen hatte aber bisher einen mehr oder weniger autoritativen Charakter, indem die Akkordpreise einseitig von der Werkleitung festgesetzt und mit dem einzelnen Arbeiter vereinbart wurden. Bei dieser Handhabung bestand die Möglichkeit, daß ein zu niedrig bemessener Akkordpreis mit einem geschickten und willigen Arbeiter vereinbart wurde, daß dann allenfalls wohl dieser hierbei den Durchschnittsverdienst erzielen konnte, niemals aber bei Wiederholung der Arbeit der ungeschickte Arbeiter.

Im demokratischen Sinne wird dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Akkordwesen am vollkommensten dadurch entsprochen, daß man eine Akkordpreiskommission aus Vertrauensleuten der Arbeiterchaft bildet und im Kalkulationsbureau mitwirken läßt, etwa demart, daß jeder Akkordpreis von der Akkordpreiskommission überprüft und anerkannt werden muß, bevor er das Kalkulationsbureau verläßt.

Kommt es demnach zu Akkordstreitigkeiten, so müßten diese von einem „Schlichtungsausschuß“ für Akkordstreitigkeiten“ geregelt werden.

#### 10. Einführung von langfristigen oder festen Akkorden.

Werden die Akkordverdienste dadurch beschränkt, daß man stilschweigend oder vertragsmäßig eine Akkordhöchstverdienstgrenze zieht, oder werden die Akkordsätze immer wieder gekürzt, sobald ein gewisser Stundenverdienst überschritten ist, dann raubt man dem Arbeiter die Arbeitslust. Damit aber verliert das Akkordsystem den ihm eigentümlichen Charakter der Selbstinteressierung des Arbeiters, es wird zu einer Art des Zeitlohnsystems.

Die Vorzüge des Akkordsystems kommen aber nur dann zur Auswirkung, wenn die Verdienstmöglichkeit der einzelnen Akkorde voll ausgenutzt wird. Dazu aber muß der Arbeiter die Gewißheit haben, daß die Akkordpreise nicht wegen hoher Akkordverdienste herabgesetzt werden.

Es ist deshalb vor allen Dingen notwendig, daß an den vom Kalkulationsbureau festgesetzten Akkordpreisen ein für allemal nichts geändert wird. Es sei denn, daß eine Änderung der Arbeitsmethode, der Beschäftigungsverhältnisse oder der Konstruktion der Arbeitsmaße vorliegt.

#### 11. Schlussbetrachtung.

In diesen Tagen geht vieles in Eberden. Eine neue Ordnung der Dinge zieht heran. Wir erwachen zum Sozialismus. Riesengroße Aufgaben auf dem Gebiete der Gütererzeugung hatten der Lösung. Sie sind nur zu lösen durch großartige Organisation und angelegte menschliche Arbeit. Die Ausnutzung der Produktionsmittel ist nicht mehr Privatsache des einzelnen, sondern Gemeinheitsfrage, da halbe Ausnutzung nur dahin führt, die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ in erhöhtem Maße zu belassen. Die Nachstellung des Meisters in den industriellen Werkstätten ist dahin; es darf nur noch nach demokratischen Gesichtspunkten angeordnet werden. Ein Druckmittel für den Träger besteht nicht mehr. Da ist die Festsetzung eines durchschnittlichen Arbeitspensums, das von dem einzelnen in der Zeiteinheit zu leisten ist, durch eine neutrale Stelle nötiger als je. Hierzu aber ist der weitere Ausbau der Kalkulationsbureau und die fortgesetzte Verbesserung der Kalkulationsunterlagen dringend notwendig.

Karl Israel (Friedrichsdorf).

### Unser Verband in der 225. Woche nach Kriegsausbruch

In der zweiten Woche des Waffenstillstandes ist die Zahl der Verwaltungsstellen, von denen keine Berichte zu unseren Erhebungen eingegangen sind, noch größer als in der vorhergehenden Woche. In den Verwaltungsstellen des besetzten Gebietes erklärt sich das Fehlen dieser Berichte ohne weiteres. Für das Fehlen der Berichte aus den übrigen Verwaltungsstellen büchten nur selten begründete Entschuldigungen vorhanden sein. Unsere Erhebungen müssen um so mehr an Wert verlieren, als Verwaltungsstellen in diesen Berichten fehlen. Von folgenden Verwaltungsstellen sind keine Berichte eingegangen: Leterom, Tjern, Breslau, Brieg, Reize, Eberswalde, Elsterwerda, Kirchhain, Senftenberg, Markgrafstädt, Neustadt i. S., Obernau, Niesitz, Artern, Blankenburg i. Thür., Zeitz, Ethenach, Gotha, Gräfenthal, Helmstedt, Mühlhausen i. Thür., Neustadt a. d. O., Queblinburg, Rudolstadt, Sulzungen, Schönebeck, Sommerda, Langermünde, Jorze, Geesthacht, Glöcknitz, Babel, Bodel, Born, Duisburg, Summersbach, Lippstadt, Mettmann, Minden, Pflanzing-Glabach, Solingen, Witten, Niederrhein, Waders, Erbau, Geisenheim, Koblentz, Marburg, Kref., Saarbrücken, Achen, Kolmar, Vahr, Lambrecht, Mühlhausen i. Elf., Neustadt a. d. S., Hüttingen, St. Georgen, Singen, Strahburg, Lirberg, Jweinsrieden, Landsberg a. W., Traunstein.

In der Berichtswache wurden (außer Berlin) 43 063 neue Mitglieder aufgenommen. Die Zahl der vom Meer entlassenen Mitglieder ist noch verhältnismäßig gering. Es sind nur 3502 Mitglieder mehr entlassen als eingezogen. Es ist zu beachten, daß die ersten beiden Tage der Berichtswache noch in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes fallen. Der große Abgang von Mitgliedern erklärt sich wiederum daraus, daß wieder 4427 Mitglieder als abgereift gemeldet sind. Derselben fehlen als zugereift 1375 gegenüber.

Sieht man die Verwaltungsstellen, von denen keine Berichte eingegangen sind, in Betracht, so ergibt sich aus dem vorstehenden Bericht, daß die Zahl von etwa halben Millionen Mitgliedern bereits beinahe überschritten ist. Die beiden letzten Wochenberichte weisen allein fast 74 000 Neuaufnahmen nach. Dazu kommt noch Berlin sowie die Verwaltungsstellen, von denen keine Berichte eingegangen sind.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen die Vorwoche bereits um 1923 oder 0,36 v. H. der berichteten Mitgliederzahl gestiegen.

Dagegen ist die Zahl der franken Mitglieder von 13 997 oder 3,07 v. H. der berichteten Mitgliederzahl auf 11 609 oder 2,84 v. H., also um 2,28 oder 0,73 v. H. der berichteten Mitgliederzahl zurückgegangen. An dem Rückgang sind alle Bezirke beteiligt.

Das Ergebnis der Erhebungen in der Berichtswache ist in nachstehender Tabelle dargestellt.

Übersicht über die Zeit vom 17. bis zum 23. November 1918.

Table with 11 columns: Nr., Verwaltungsbereich, Anzahl, etc. It lists data for various administrative regions and their membership counts.

Zusammenfassung der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuaufgenommenen und vom Feind Entlassenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 15. Dezember der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Dezember 1918 fällig ist.

Die Verwaltungen werden darauf hingewiesen, daß die Mitgliederausweise und Beitrittsheine vorerst bei den Bezirksleitungen anzufordern sind.

Die Ausfertigung von Mitgliedsbüchern an Stelle vollgestellter Mitgliedsausweise hat von den Ortsverwaltungen aus dem Mitgliedsbücherverband am Orte zu erfolgen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table listing administrative regions (Angsbürg, Krefeld, Niebsth.) and their respective contribution amounts and dates.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen und für nicht wieder aufnahmefähig erklärt wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 9. Bezirk: Der Schlosser Gottfried Beutler, geb. am 11. Januar 1891 zu Radolfzell, Buch-Nr. 1,888,370, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 30. November 1918 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgeelder.

List of donors and amounts: Von Altona 4000 M., Nürnberg 300, Annaberg 150, Augsburg 14 100, etc.

Die Verwaltungen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Rundschau

Freigabe der Sparmetalle.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Reichsdemobilisierungsamt) hat über den Verbrauch der für Kriegszwecke zugewiesenen Sparmetallmengen zu Friedenszwecken folgende Verordnung erlassen:

Um den Metall verarbeitenden Industrien und dem Metallhandel zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit möglicher Beschleunigung metallische Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, ist die unverzügliche Aufhebung der Verwendung derartiger Rohstoffe einzuführen.

Die Metallbestände rühren nachweislich zum größten Teil aus Zuweisungen für Kriegszwecke her, die den Firmen aus Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft (für Zinn) oder der Zinkhüttenvereinigung und dem Verband deutscher Zinkwalzwerke (S. m. d. S.) zugewiesen worden sind.

Durch die Befreiung der für Kriegszwecke zu Vorzugpreisen zugewiesenen Bestände würde den verarbeitenden Betrieben und dem Handel bei Verwertung der nunmehr freigestellten bzw. noch freizugebenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus Reichsmitteln zufließen.

gebenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus Reichsmitteln zufließen, und zwar auf Kosten der für die Beschaffung der Metalle durch Enteignung und bergleichen in Anspruch genommenen Allgemeinheit.

Zur alle am 13. November vorhandenen Bestände an noch nicht verarbeiteten Metallen laut nachstehender Aufstellung, die auf Zuweisung für Kriegszwecke aus den Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft bezog.

Vorzugspreis für 100 kg Kupfer 350,- Zinn 700,- Zink 1200,- Aluminium 430,- Grundpreis für 100 kg 450,- 1000,- 1500,- 180,- 530,-

Vorstehende Anordnung ist auf Legierungen und Verbindungen, sowie auf alle sonstigen gefertigten Sorten der vorstehend genannten Metalle, zum Beispiel Feinsilber, Zinkblech, Zinnzinn usw., sinngemäß in Anwendung zu bringen.

Diejenigen Firmen, die nicht gerufen sind, die von dieser Verordnung betroffenen Rohstoffe, Legierungen und Verbindungen zum Grundpreis zu verwenden, haben behufs Rückführung der Mengen zum ursprünglichen Zuweisungspreis an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, mittels eingeschriebenen Briefes, bis zum 10. Dezember 1918 Meldung an die Metallmeldestelle der Kriegsmetall-Abteilung (Abteilung H) Berlin W. 9, Potsdamerstraße 10/11, zu erstatten.

Anfragen, die diese Verordnung betreffen, sind an die Metallmeldestelle der Kriegsmetall-Abteilung (Abteilung H), Berlin W. 9, Potsdamerstraße 10/11, zu richten.

Berlin, den 18. November 1918. Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Reichsdemobilisierungsamt.)

Waffenstillstand und Ernährungslage.

Durch die Presse ist dieser Tage eine Meldung gegangen, wonach die Entente in Berücksichtigung der von Deutschland erhobenen Vorstellungen darauf Rücksicht nehmen will, daß die Fortsetzung der Kämpfe die Ernährung Deutschlands nicht behindern wird.

Dieses Entgegenkommen ist begrüßenswert und ein Anzeichen dafür, daß die Gebanten der Völkerverständigung und der für alle Länder notwendigen Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen mehr und mehr an Boden gewinnen.

Es ist ein nicht hoch genug zu schätzender Vorteil, wenn bei Maßnahmen wirtschaftlicher Art ein gelungenes Vorbild vor Augen steht. Drehen sich diese Maßnahmen um die Grundlagen unserer Volkswirtschaft und sollen diese Maßnahmen in kurzer Frist wirksam werden, so ist das Vorbild schlechthin notwendig, es könnte sonst eintreten, daß die Versuche unserer Volkswirtschaft gesundheitlichen Schäden zufügen.

Die Konsumgenossenschaften und die Vergesellschaftung.

Es ist ein nicht hoch genug zu schätzender Vorteil, wenn bei Maßnahmen wirtschaftlicher Art ein gelungenes Vorbild vor Augen steht. Drehen sich diese Maßnahmen um die Grundlagen unserer Volkswirtschaft und sollen diese Maßnahmen in kurzer Frist wirksam werden, so ist das Vorbild schlechthin notwendig, es könnte sonst eintreten, daß die Versuche unserer Volkswirtschaft gesundheitlichen Schäden zufügen.

Vom Ausland

Dänemark.

Zentralorganisation der Metallarbeiter in Dänemark. Unter diesem Namen haben die Metallarbeiterverbände Dänemarks bekanntlich einen Bund gegründet in der damals ausgesprochenen Absicht, daß er eine Vorstufe zur Verschmelzung sein solle.

Es scheint, daß die dänische Regierung in betreff der Regelung der Preise für die Lebensbedürfnisse für sorglicher und erfolgreicher gewirkt hat als die der anderen beiden skandinavischen Länder.

Der Bericht behandelt ferner die im vorigen Jahre erfolgte Gründung eines sogenannten Spezialarbeiterverbandes. Diese erfolgte, als der Arbeiterfreiwille im Sommer 1917 mißglückte, bei den Werftarbeitern eine Organisationsflucht eintrifft und der Werftarbeiterverband sich auflöste.

Aus den Mitteilungen über die Arbeitsvermittlung geht hervor, daß die Unternehmer sich widerwillig zu besonnen scheinen, die öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen.

Der Formerverband hielt außer, seinem ordentlichen Verbandstag im Juli 1917 noch einen außerordentlichen im Dezember ab, der darüber beschließen sollte, ob der Vertrag mit den Unternehmern um ein Jahr zu verlängern sei unter einer Lohnerhöhung von 3 bis 5 Dore die Stunde und einer Leuerungszulage von 10 Kronen im November.

Die Arbeiter haben unter der Leuerung sehr zu leiden, besonders die Kollegen, die auf Kronleuchter arbeiten. Der Verband hatte im vorigen Jahre 431 Mitglieder. Der Bericht weist darauf hin, daß jährlich 30 bis 35 junge Gürtler ausstehen.

Die Metallarbeiter hatten nur im letzten Viertel des Berichtsjahres nennenswerte Arbeitslosigkeit. Mit sämtlicher unorganisierten Unternehmern wurde ein Vertrag abgeschlossen.

Die Eisen- und Metallschleifer hatten im vergangenen Berichtsjahre bis zu 20 v. H. Arbeitslose, wenn sie auch im übrigen nicht besonders über Arbeitslosigkeit klagen.

Schmiede und Maschinenbauer. Seit Ausbruch des Krieges hatte der Vorstand alljährlich in seinen Berichten feststellen können, daß die Furcht vor einer außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit unbegründet gewesen sei, daß im Gegenteil durch den Krieg viel Arbeit und Geld ins Land gekommen sei.

Jaern- og Metalarbejdere würdigt in seinem Rosambuch die deutsche Revolution. Das Blatt wendet sich gegen die Versuche, in Dänemark ebenfalls eine Revolution anzuzetteln.

Die Arbeiter haben unter der Leuerung sehr zu leiden, besonders die Kollegen, die auf Kronleuchter arbeiten. Der Verband hatte im vorigen Jahre 431 Mitglieder. Der Bericht weist darauf hin, daß jährlich 30 bis 35 junge Gürtler ausstehen.

Die Arbeiter haben unter der Leuerung sehr zu leiden, besonders die Kollegen, die auf Kronleuchter arbeiten. Der Verband hatte im vorigen Jahre 431 Mitglieder. Der Bericht weist darauf hin, daß jährlich 30 bis 35 junge Gürtler ausstehen.

gewachsen. Nach Gobsons Mitteilungen soll aber trotz der höheren Ausgaben den Arbeitern noch ein Ueberschuß von den Löhnen verbleiben. Ob dies so genau stimmt, darüber werden wir nach Friedensschluß wohl noch ausführlichere Mitteilungen erhalten. Die Arbeitszeit ist während des Krieges nicht verkürzt worden, jedoch hat man die Verteilung der Arbeitszeit sowohl auf der Seite der Arbeiter wie der Unternehmer ins Auge gefaßt. So im Schiff- und im Kesselbau, in der Maschinenindustrie und in verwandten Gewerben. Es sei zwar noch kein bestimmtes Maß der Arbeitszeitverkürzung festgelegt; kommen werde diese jedoch, wenn der Krieg beendet sein werde.

Gobson schloß seinen Brief mit der Einladung zu einer Konferenz der Metallarbeiter in den alliierten und den neutralen Nationen im Frühjahr 1919. Jaern- und Metalarbeiter meinen dazu: „Hoffentlich wird dieser Vorschlag, nachdem der Friede geschlossen ist, so ausgearbeitet werden, daß er auch die Metallarbeiter Zentraleuropas umfaßt. Dies wird selbstverständlich von größter Bedeutung sein, nicht zum mindesten, weil wir in der kommenden Zeit in Verhandlungen mit unseren Unternehmern stehen wegen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“

Unsere dänischen Kollegen haben sich, wie auch die große Mehrheit des dänischen Volkes und die dänische Regierung, während des Krieges einer musterhaften Neutralität befleißigt. Auch scheint die dänische Regierung im Gegensatz zu den Regierungen in den „freien“ Ländern Frankreich und Italien, keine Angst zu haben, daß sie verjagt werden könne, denn das Blatt unserer dänischen Kollegen druckt eine Uebersetzung unseres Aufsatzes „Die siegreiche Revolution“ in Nr. 46 in vollem Wortlaut unbehindert ab.

**Schweden.**

Erhebung über die Löhne der Formier. Der Schwedische Formierverband hat im Februar 1918 eine Erhebung über die Löhne angestellt. Sie umfaßte 202 Gießereien, in denen 4432 Kollegen beschäftigt waren. Von diesen waren organisiert 4124, zum Mindestlohn berechtigt 3260. Formier waren 2347, Metallformier 60, Schmied 354, Brett- und Maschinenformier 483 und Lehrlinge 968. Der Durchschnittslohn für Formier betrug 54,8 Oere, für Brett- und Maschinenformier 53,4. Im allgemeinen betrug der Durchschnittslohn im ganzen Lande 54,6 Oere. Der durchschnittliche Stundenverdienst bei Handarbeit betrug für Formier 91,7, für Brett- und Maschinenformier 77, allgemein im ganzen Lande 89,7 Oere.

(Nach Jaern- og Metalarbejdernes vom August 1918.)

**Frankreich.**

Die Nachrichten, die aus Frankreich zu uns herüberkommen, sind noch immer sehr spärlich. Die Zensur waltet dort wie bisher in rücksichtsloser Weise ihres Amtes. Was auch der politische Umsturz in Deutschland dem französischen Volke nicht zu verheimlichen, so wagt die Zensur jetzt noch sehr darüber, daß dem französischen Volke so wenig wie möglich die sozialen Begleiterscheinungen der deutschen Revolution vermittelbar werden. Die Angst der französischen Regierung und des französischen Unternehmertums vor den Rückwirkungen dieser sozialen Erzeugnisse auf Frankreich sind die Ursache der fortwährenden Knebelung der Presse und der Unterbindung der Versammlungsfreiheit. In der französischen Arbeiterchaft gilt es seit langem. Die Befreiung der Arbeiterchaftsgesetze seit Kriegsbeginn, die Militarisierung der mobilisierten Arbeiter in den Fabriken, die steigende Verteuerung der Lebensmittel und die Wucherpreise für andere Waren des täglichen Gebrauchs, die ungeheuren Kriegsgewinne der Unternehmer, die rücksichtslose polizeiliche und militärische Unterdrückung jeder auch noch so schützernen Bewegung in der Arbeiterchaft für den Frieden, haben einen gewaltigen Groll angehäuft. Die Furcht der Regierung ist deshalb begründet. Jetzt wird das Volk durch die der Regierung ergebene und gefaltete Presse mit der Tatsache des großen Sieges über den deutschen Militarismus beaufschlagt. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Sieges werden in den überschwenglichsten Tönen gefeiert. Deutschland muß jenseitig, wirtschaftlich vernichtet und verfallt werden, damit Frankreich groß, frei, reich und glücklich werde. Ist dann die Stimmung des Volkes in die geforderte Richtung gebracht, dann wird die Regierung wahrscheinlich erlauben, daß auch die bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Erzeugnisse der deutschen Revolution kopfenweise dem französischen Volke mitgeteilt werden dürfen. Ist erst der nationale Egoismus auf Seidelsiege gebracht, dann hofft man auch im Innern der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der französischen Gewerkschaften Herr zu werden. Ob diese Rechnung stimmen wird, kann erst die Zukunft lehren.

Im politischen Leben der französischen Arbeiterklasse haben sich große Wandlungen vollzogen. Dem langen, zähen Kampfe der friedensfeindlichen Minderheit in der sozialistischen Partei ist es Anfang Oktober 1918 gelungen, die Parteimehrheit zu erhalten. Diese Parteimehrheit hat zur unmittelbaren Folge, daß das Parteisekretariat und die Mehrheit des Verwaltungsausschusses der Partei von Anhängern der früheren Minderheit unter Führung des Genossen Longuet befehligt wurden. Auch die Leitung des Hauptbüros der Partei, der Humanität, kam demütig unter die Aufsicht der früheren Minderheit. All diese Wandlungen bedeuten einen grundsätzlichen Umsturz in der Haltung der Partei. Während diese früher unter der Führung von Renaudel und Thomas stets die Kriegspolitik der französischen Regierung billigte, diese unterstützte, der Zusammenbruch eines internationalen sozialistischen Kongresses offen oder geheim feindselig gegenüberstand und die militärische Ermüdung der Entente in England billigte, bekämpfte die neue Führung unter Longuet die Regierung Clemenceaus in der schärfsten Weise, jure et de jure. Der sozialistische Kongress und bekämpfte mit allen Mitteln die Kriegspolitik der französischen und englischen Supermächten in Rußland. Die frühere Mehrheit unter Thomas und Renaudel wußte mächtig gegen den neuen Geist. Ein Erfolg wird ihr jedoch kaum beschieden sein. Denn die Tatsache, daß die frühere Minderheit auf dem Parteitag im Oktober zur Mehrheit werden konnte, hat ihre Wurzeln in dem wachsenden Widerstand der französischen Arbeiterklasse gegen die Kriegs- und Arbeitspolitik der Regierung Clemenceaus. Dieser Widerstand wird sich nicht ändern. Unverkümpft durch den französischen Militarismus, die Hoffnungen und das im Krieges wachsende Unternehmertum, wird er der französischen Arbeiterchaft nur abergläubische Hoffnungen verheißt, aber sich nie und nimmer den Forderungen bogen, die die französischen Gewerkschaften schon während des Krieges und nun noch viel härter im kommenden Frieden erheben. Der Geist, der die Richtung Thomas und Renaudel befehlt, ist der Geist Clemenceaus, der die Revolution an sich als verabschiedet in einem bewußtlosen Lüge mit allgemeinem Wohlstand verwechselt, es ist auch der Geist von Kautskys, der den sozialistischen Staat ohne Revolution durch Reformen und gütliche Beziehungen zu erreichen trachtet. Dieser Geistesübertragung steht die französische organisierte Arbeiterchaft in der Mehrheit schon gegenüber. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften in Frankreich vor dem Krieg hatte seinen letzten Ausdruck in der Forderungsausschreibung des französischen Gewerkschaftsverbandes. Diese sozialistische Bewegung hat sich in der französischen Gewerkschaftsbewegung noch immer zu bewegen und kämpfen hat, und behauptet. Und so wird sich auch in der Partei behaupten, wenn diese, wie es Longuet und Kautsky anstreben, die von den Arbeitern anerkannte politische Vertretung der französischen Arbeiterchaft werden soll.

Die Gewerkschaften haben infolge der Arbeitspolitik Clemenceaus eine immer härtere Haltung zur Regierung eingenommen. Das frühere teilweise Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und Regierung unter Renaudel hat unter Clemenceaus den schärfsten Gegensatz hervorgebracht. Jede Forderung wurde durch die Regierung mit militärischen Mitteln abgelehnt. Die Gewerkschaften wurden wegen revolutionärer Absichten, die fälschliche Behauptung aus dem Munde der Arbeiter zu hören, ins Gefängnis geworfen. Streikende arbeitende Arbeiter, die die steigende Verteuerung der Lebensmittel zu Folgeforderungen trüb, wurden von den Militärbehörden wegen Sechshunderttausend in Konzentrationslagern verhaftet. Hunderte von Arbeitern wurden in Konzentrationslagern verhaftet, und die Militärbehörden, ins Clemenceaus Arbeiterpolitik war poli-

zellische und militärische Gewalt Herrschaft selbst bei noch so berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse. Dazu gestellten sich politische Bevormundung, Nachverweigerung zu internationalen Arbeiterkongressen, Ueberwachung des Briefwechsels hervorragender Gewerkschaftsführer, gegen die alle Vorstellungen unwirksam blieben. All diese Unterdrückungspolitik drängte die Gewerkschaften in eine Kampfstellung gegen die Regierung. Minderheit und Mehrheit in den Gewerkschaften, die vorher einander befehleten, einigten sich. Die Kriegspolitik der Gewerkschaftszentrale war nicht mehr der Punkt, der die Kämpfer trennte. Gegenüber der Machtvollkommenheit eines Clemenceaus gab es nichts anderes als eine geschlossene, einheitliche Kampfstellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Und diese wurde auf der Gewerkschaftskonferenz im Dezember 1917 in Clermont-Ferrand angebahnt und auf dem Gewerkschaftskongress in Paris im Juli 1918 mit großer Mehrheit angenommen.

Auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete steht also die französische Arbeiterklasse in schärfstem Gegensatz zur Regierung Clemenceaus. Diese Haltung erweckte in manchen herrschenden Arbeiterkreisen bei Ausbruch der deutschen Revolution die Hoffnung, daß auch jenseits der Goggen ihr rotes Feuer zünden würden möge. Diese Hoffnungen waren trügerisch und mußten es bleiben. Mer Groll, den die Clemenceausche Politik in der französischen Arbeiterchaft angesammelt hat, war nicht stark genug, um Clemenceaus Regierung zu erschüttern. Die Bourgeoisie sah in ihm ihren Mann und stützte seine Regierung mit allen Mitteln. Die sozialistische Vertretung in der Kammer ist zu schwach, um allein durch ihre Stellung irgend eine Regierung zu erschüttern, und außerparlamentarisch war durch Unterbindung der Presse- und Versammlungsfreiheit Partei wie Gewerkschaften jede Möglichkeit genommen, um wirksam die öffentliche Meinung, die ja in Frankreich stets stärker als in Deutschland im Sinne der bürgerlichen Presse gestanden hat, zu beeinflussen. Die Diktierung des Waffenstillstandes an Deutschland, der Sieg des französischen Militarismus über den deutschen, führte in der französischen Arbeiterchaft zu einem Siegestaumel, der allen Groll und alle Mißstimmung vergessen ließ, und der aber damit auch gleichzeitig die Vorbereitung für eine siegreiche Revolution, die Verbrüderung der Armeen mit dem Volke, befehlte. Niemand in der Weltgeschichte haben siegreiche Armeen Revolutionen gemacht. Und deshalb war auch von der französischen Arbeiterklasse nicht zu erwarten, daß sie den Ausbruch der deutschen Revolution als Signal zur Herbeiführung der französischen betrachtete.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist von der französischen Partei als auch von den Gewerkschaften getan worden, was zu tun möglich war. Beide haben entschlossen bereits in den ersten Tagen des Siegestaumels in offenkundigen Ansätzen Stellung gegen den Chauvinismus und den Anzionismus der französischen Bourgeoisie genommen und die öffentliche Meinung gegen die verbrecherischen Anschläge auf die junge deutsche Republik mobil zu machen versucht. Gewerkschaften wie Partei verlangen von der Regierung die sofortige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte, die Presse- und Versammlungsfreiheit, die sofortige Freilassung aller wegen gewerkschaftlicher und politischer Betätigung inhaftierter oder verurteilter Genossen, persönliche Vorstellungen der Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes beim Ministerpräsidenten hatten zur Folge, daß die seit Mai 1918 verbotene Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer endlich erfolgt ist. Außerdem hat Clemenceaus weites Entgegenkommen auf sozialem Gebiete gezeigt. Darauf bauen jedoch die Gewerkschaftsführer noch keine Hoffnungen. Auf das Ersuchen einer Abordnung der Partei, Clemenceaus möge der Arbeiterklasse auf der Friedenskonferenz eine Vertretung zubilligen und die Ermächtigung zu einem internationalen Kongress in Paris erteilen, hat dieser nur ausweichend geantwortet. Eine Zustimmung zu diesen Forderungen widerspricht seinem ganzen Wesen, und es ist zu erwarten, daß er all seinen persönlichen Einfluß bei den Alliierten ausbietet, um die Erfüllung dieser Arbeiterforderungen zu verhindern. Eher haben diese Forderungen Aussicht auf Erfüllung bei den englischen und amerikanischen Revolutionären als bei Clemenceaus. Die französische Gewerkschaftszentrale hat trotzdem beschlossen, einen internationalen Arbeiterkongress für Paris einzuberufen, der mit die Aufgabe haben soll, die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften im Friedensvertrage zur Annahme zu bringen.

Am 10. und am 21. November fanden in Paris gemeinsam von der Partei und den Gewerkschaften veranstaltete große Versammlungen statt. Anschließend an die letzte bildeten sich Straßen demonstrationen, bei denen seit Kriegsausbruch zum ersten Male wieder öffentlich die Internationale erkundete. Die Partei bereitet für ganz Frankreich Versammlungen vor, um dem Siegestaumel entgegenzuwirken und die französische Arbeiterklasse auf die Forderungen vorzubereiten, die diese im Interesse eines künftigen Friedens und vom Standpunkte einer sozialistischen Arbeiterpolitik von ihrer eigenen Regierung zu verlangen hat.

Stiller Zusammenstoß in den gewerkschaftlichen und in den politischen Organisationen lautet der Kampf der französischen Arbeiterführer. Und dies wird für die allerhöchste Zukunft die wichtigste Aufgabe sein. Begünstigt durch die politische Reaktion schließt sich das französische Unternehmertum enger zusammen. Die große Unternehmerorganisation der französischen Metallindustriellen „Union des Industries Metallurgiques et Minières“ hat sich auf zentralisierter Grundlage neu eingerichtet. Diese Vorbereitungen dienen dem wirtschaftlichen Kampfe gegen die Arbeiter nach dem Krieg und lassen darauf schließen, daß das französische Unternehmertum ernstlich mit großen Plänen rechnet.

Politisch wie wirtschaftlich stehen den französischen Arbeitern harte Kämpfe bevor. Der sich überzeigt, daß die Ermüdung der großen Masse nach Friedensschluß nicht allzulange auf sich warten lassen wird. Selbige es uns in Deutschland, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erzeugnisse der deutschen Revolution zu erhalten und auszubauen, so wird die von Clemenceaus so gefährdete Rückwirkung auf die französische Arbeiterklasse nicht ausbleiben.

Die Pariser Majestätskammer hatten am 19. November im großen Saale der Arbeitshöhe eine große Versammlung, die sich unter anderem auch mit der Forderung einer Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben der Pariser Metallindustrie befaßte. Verlangt wird die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mit freiem Samstagnachmittag bei gleichem Verdienste wie bisher. Ferner wird die Verbehalten der Arbeiterbelegten in den Betrieben auch für die Uebergangs- und Friedenszeit gefordert. Diese Arbeiterforderungen, die aus Betriebsbüchern hervorgegangen sind und deren Wahl das Bewusstsein der Arbeiterklasse für ihre Interessen durchdringt, um den Einfluß der Gewerkschaften auszuweiten und den Unternehmern der Fern- und Hausindustrie zu erhalten, haben sich durch gefällige Veranlassung durch die Gewerkschaften zu sehr nützlichen Einrichtungen der Arbeiter entwickelt. Die führenden Gewerkschaften im Betriebe werden zu Arbeiterbelegten gewählt und damit die tatsächliche gewerkschaftliche Kontrolle über die Fabrik herbeigeführt, die der Kapitalist gerade vermeiden will.

Die Humanität vom 8. November enthält einen Protest des Genossen Laquet, eines einflussreichen Gewerkschaftsführers, gegen einen Vorschlag des französischen Gewerkschaftsverbandes, der nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die deutsche Arbeiterchaft zum Wiederanstreben von Nachschub für die Alliierten herangezogen werden soll. Ein Mitglied der jetzigen französischen Regierung (Klotz, damals Finanzminister) hat diesen Vorschlag abgelehnt und vor den Augen der französischen Gewerkschaften verurteilt. Weiter soll sich ein Herr Laquet im Auftrage der französischen Regierung bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika begeben, diese Arbeiterführer als Friedensbedingung vorzuschlagen zu bringen. Genosse Laquet erhebt im Namen der französischen Arbeiter schärfsten Protest gegen diese schamlosen Absichten. Die französische Arbeiterchaft würde nicht zulassen, daß ein Sozialpakt nach Befreiung des Alliiertenbundes mit Wagnis eine neue Säule mit europäischen Arbeitern zur Errichtung gelangen soll.

Arbeitszeitverlängerung und Produktionsverminderung. Ueber die Werkllosigkeit der Ueberstundenarbeit hat der französische Bergarbeiterverband der Deputiertenkammer nach amtlichen Quellen und nach den Mitteilungen der Unternehmer eine lehrreiche Statistik unterbreitet. Während des Krieges wurden auch in Frankreich sofort alle Bestimmungen der Arbeiterchutzgesetze über die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages außer Kraft gesetzt. Die Kohlennot Frankreichs tat noch ein Uebriges, um die regelmäßige Arbeitszeit durch Ueberstunden zum Zwecke der Produktionssteigerung zu verlängern. Nach der Behauptung der Unternehmer, daß eine lange Arbeitszeit zum Zwecke der Produktionssteigerung unbedingt erforderlich ist, sollte man annehmen, daß die französischen Kriegserfahrungen im Kohlenbergbau einen treffenden Beweis für die Nichtigkeit dieser Unternehmertheorie liefern würden. Das vollständige Gegenteil hat sich aber herausgestellt. Die Arbeitszeit wurde durchschnittlich von 8 auf 10 Stunden erhöht. Dabei stellte sich heraus, daß die Förderung auf den Kopf des unter Tag beschäftigten Bergarbeiters bei 10stündiger Arbeitszeit nur in 5 Bergwerken etwas höher war, als früher bei 8stündiger Arbeitszeit; in einem Bergwerk blieb sie gleich, und in 5 Bergwerken blieb sie noch unter der früheren Förderung beim Achtstundentag zurück. Selbst in den Bergwerken, die eine etwas höhere Förderung aufweisen, ist die Erhöhung so gering, daß sie in gar keinem Verhältnis zur zweifelhafte Verlängerung des Arbeitstages steht. Wir geben in folgendem eine Zusammenstellung der Bergwerke nach ihrer Tagesförderung auf den Kopf des Arbeiters in 8 Stunden aus dem Jahre 1913, daneben die Förderungsabgaben, die bei 10stündiger Arbeitszeit unter Zugrundelegung der Unternehmerbehauptungen hätten erzielt werden müssen, und in der dritten Reihe die wirkliche Förderung, die im Jahre 1916/17 nach den amtlichen Mitteilungen erzielt worden ist. Diese Zusammenstellung bietet eine glänzende Widerlegung der Behauptung, daß die langen Arbeitszeiten zur Produktionssteigerung unbedingt erforderlich seien. Den französischen Bergarbeitern dient sie in ihrem Kampfe zur Befreiung der Ueberstundenarbeit und auch die übrigen Arbeiter bedienen sich ihrer im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Bergwerksgesellschaft	Zugliche Förderung bei 8stündiger Arbeitszeit im Jahre 1913 auf den Kopf kg	Angenommene tägl. Förderung, wie sie bei 10stündiger Arbeitszeit hätte eintreten sollen kg	Wirkliche tägl. Förderung bei 10stündiger Arbeitszeit im Jahre 1916/17 auf den Kopf kg
Bruay . . . . .	1030	1287,50	840
Marles . . . . .	970	1212,50	1020
Noeux . . . . .	1030	1287,50	1100
Rouchamps . . . . .	823	1028,75	665
Creusot . . . . .	1040	1300	1193
Blanz . . . . .	1325	1656,25	1280
Souillères de St. Etienne . . . . .	1153	1441,25	975
Grand-Combe . . . . .	1100	1375	985
Bouches-du-Rhône . . . . .	1363	1703,75	1630
Baldonne . . . . .	1250	1562,50	1400
Albi . . . . .	1140	1425	1140

**Eingegangene Schriften**

(Zur Bekanntschaft der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

„Wir über meine Seite.“ Unter diesem Titel, der an Richard Müllers bekannt gewordenen Wort anknüpft, läßt der Verlag der Buchhandlung Vorwärts soeben eine Flugchrift erscheinen. Sie durchspricht das Für und Wider des Kampfes um die Nationalversammlung und gelangt zu dem Ergebnis, daß es um des Friedens willen unbedingt nötig ist, möglichst rasch die verfassunggebende Reichsversammlung einzuberufen. Die Flugchrift läßt den Weg, den die Revolution gewinnen muß, wenn sie Verwirrungen entgegen soll. Die eindringlich abgefaßte Schrift verdient Massenverbreitung. Sie kostet 15 S.

Von dem Leichenbegängnis der Opfer der Revolutionstage hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sechs verschiedene Postkarten herausgegeben. Der Preis für jede Karte beträgt 20 S.

Der Sieg des Volkes. 16 künstlerische Ansichtspostkarten in Kupferdruck aus den Revolutionstagen. Preis jeder Karte 15 S. Mit 16 Stück 2 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114.

Kleine Esperanto-Sprachlehre. Von Lehrer Hermann Böhm. (Zweifachsprachige Bücher, Nr. 2/3.) Verlag von Alder & Borel G. m. b. H., Dresden I. 64 Seiten. Preis 50 S. — Ein kurzer und geschickt ausgearbeiteter Leitfaden zur Erlernung des Notwendigsten vom Esperanto.

Beiträge zur Weltsprachfrage. Herausgegeben von der Deutschen Esperanto-Zentrale, Dresden I. 1918. Verlag von Alder & Borel G. m. b. H., Dresden I, Strubestraße 40. 32 Seiten. Preis 40 S. — Enthält vier Aufsätze, die die Nützlichkeit des Esperanto nachweisen suchen, und einen Anhang, der einen Einblick in diese Hilfsprache gibt.

Winkel, das Kapital und anders. Von Ernst Prenganz. I. bis 5. Laufen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 143 Seiten. Preis gebunden 2 M. — Der Bedarf an Lesestoff zur Unterhaltung muß ungemein groß sein. Wäre er nicht, so würden die Verleger der Familienblatt-Schundliteratur (Wieder von der Courty's-Wahler, Anny Bothe, Eugenie Marillt usw.) nicht solche Mengen von Büchern zu Pressen auf den Markt werfen können, deren Höhe sich selbst durch die geringsten Selbstkosten nicht rechtfertigen läßt. Bücher, wie das vorliegende, sind nach am besten geeignet, solchen mehr oder weniger verlogener Schundbüchern Abbruch zu tun. Es will zwar ebenfalls nichts als Unterhaltungseffekt bieten. Aber dieser ist denn doch anderer Art. Es enthält drei Erzählungen. Die erste und größte, nach der das Buch seinen Namen führt, gibt dem Leser einen Blick in das Leben armer Leute auf dem Lande. Prenganz befolgt aber die Regel: „Wilde, Pünktler, rede nicht!“ und läßt demzufolge die in der Erzählung vorkommenden Leute keine Zeitungsartikel reden, wie man es sonst schon in Romanen und Erzählungen sozialistischer Schriftsteller lesen konnte. Die Geschichte handelt von einem — Schwein. Ehe dieses Schwein aber das übliche Schicksal aller Schweine findet, erlebt es verschiedene Abenteuer, die das Buch recht unterhaltsam machen. Die zweite Geschichte handelt von den üblichen zweien, die sich „Kriegens“, nachdem sie einander genug gequält haben. Sie ist die schwächste in diesem Buche. Besser hat uns die letzte gefallen, eine mit Laune geschriebene Bauernbescherung. Ueber dem ganzen Buche liegt nicht der „Humor der Enten“, sondern eine milde Schalkheftigkeit, die es einen nicht gereuen läßt, zu ihm gegriffen zu haben.

**Verbands-Anzeigen**

**Mitgliederversammlungen.**  
 Donnerstag, 19. Dezember:  
 Zuberbach. Zur Schanze, 8 Uhr.  
 Samstag, 21. Dezember:  
 Schönbühl. G. M. Gold. Adler, 8 Uhr.  
 Sonntag, 22. Dezember:  
 Arnoldsgraben. Zuber, Wasserstr. 5.

**Bekanntmachung.**  
 Friedrichshafen a. S. Auflösung der Kriegsmarkensammlung der Fa. Maybach, Motoren, G. m. b. H. Kollegen, die Mitglieder der Kasse

**Scherben.**  
 35 Jahre, Scherben, Schloffer, 35 Jahre, Scherpe u. Lungent. — Zuße Punkte, Arbeiterin, 34 J. Scherpe und Lungentzündung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelnstraße 16 B.